

# Aufgabe 4

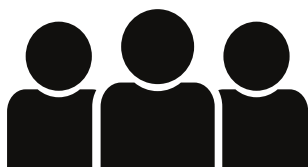
## Besuch einer (echten) Gerichtsverhandlung

Author One (12345671)      Author Two (12345672)  
 Author Three (123456783)      Author Four (123456784)

### Verhandlung

Wir haben die Gerichtsverhandlung am 25.01.2024 im Wiener Landesgericht für Strafsachen bzgl. der Anklage von Sebastian Kurz in der Falschaussage-Affäre besucht.

### Gruppenfoto



### Streitpunkte

Ex-Kanzler Kurz und sein damaliger Kabinettschef Bernhard Bonelli sind beschuldigt, im Zuge des Ibiza-Untersuchungsausschuss Falschaussagen getätigt zu haben. Es ging hierbei um die Besetzung des Vorstands und Aufsichtsrat der ÖBAG. Kurz und Bonelli meinten, keinen entscheidenden Einfluss auf die Besetzungen gehabt zu haben. Thomas Schmid, ehemaliger Generalsekretär des BMF und Ex-(Allein)vorstand der ÖBAG, belastete die beiden schwer mit seinen Aussagen, dass Entscheidungen ohne Kurz „denk unmöglich“ gewesen seien.

Am Prozesstag wurde der ehemalige Finanzminister Gernot Blümel als Zeuge geladen und von Richter, Staatsanwaltschaft, sowie den Anwälten des Angeklagten Sebastian Kurz befragt.

Die ÖBAG (Österreichische Beteiligungs AG) ist eine Holding-Gesellschaft der Republik Österreich, um ihre Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen zu verwalten. Sie ist aus der ÖBIB, eine GmbH welche selbst aus der ÖIAG hervorging, im Zuge der Koalitionsverhandlungen der ÖVP-FPÖ Regierung 2017 entstanden. Durch ihre Funktion und Umfang kommt sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat sehr viel Macht zu, wodurch deren Besetzungen von akuten, politischen Interesse sind.

### Wortmeldungen

Die Wortmeldungen betreffen primär Ex-Finanzminister Blümel in seiner Rolle als Zeuge. In weiterer Folge wird hier das Konzept des Entschlagungsrechts bedeutsam, unter dem man das Recht versteht die Zeugenaussage, für die Wahrheitspflicht gilt, wenn man u.a. sich selbst inkriminieren und strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde zu verweigern.

Blümel stellt anfangs klar, dass es um die Postenbesetzung der ÖBAG geht und er, auf Anraten seines Rechtsbeistandes, vom Entschlagungsrecht Gebrauch machen werde. Der Richter beginnt folgend einige Fragen zu Blümels Werdegang und seiner Beziehung zu Kurz zu stellen, welche laut Blümel seit seiner Zeit in der jungen ÖVP bestünde.

Der erste Themenbereich handelte von den Reformen bzgl. der ÖBIB im Zuge der Regierungsverhandlungen 2017. An dieser Stelle kam auch der Schmid's Text „Ich stürze mich heute in die Donau und du bist Schuld“ und über die „Despotie der Erbsenzähler“ im BMF auf, welche Blümel auf den Finanzminister-Kandidaten Moser bezieht.

Schmid's Text „das bist du mir schuldig“ im Kontext der Besetzungen beschrieb Blümel mehr als freundschaftliche Gegenseitigkeit als Versprechen und das lediglich normale Verhandlungen über die Positionen

geführt wurden. Weiter führte Blümel aus, dass bei allen Personalentscheidungen mit einer Vielzahl an Personen kommuniziert werden würde, und das sicherlich auch Kurz informiert wurde, vielleicht sogar Namensvorschläge gab, aber dass dies keine bindende Wirkung auf die Entscheidungen hätte. Er zieht Parallelen zu seinen ministerialen Personalentscheidungen und meint zu denen „Das war meine Entscheidung“. Das Meinungen des Bundeskanzlers als wichtiger aufgefasst werden sei dabei nicht seine Schuld. Sowohl zu seinem Text „Hab dir heute deine ÖBIB gerettet“ als auch „SchmidAG fertig“, welche Blümel an Schmid geschrieben hatte, meinte er, dass es lediglich Schmid's „Knochenarbeit“ für das Gesetz referenziere. Auch Schmid's Text „hab noch keinen Aufsichtsrat“ sei lediglich aufgrund der Selbstidentifikation Schmid's mit der ÖBAG und keine Vorbestimmung von Schmid als Alleinvorstand der ÖBAG.

Als nächstes kam der Richter zu Chats zwischen Löger und Schmidt, in denen Blümel immer wieder im Kontext von Personalia und Ausmachungen mit der FPÖ erwähnt wird. Bei der Bitte zu einer Stellungnahme nahm Blümel das Entschlagungsrecht in Anspruch. Damit hatte der Richter keine Fragen mehr an Blümel.

Die Staatsanwaltschaft war nun an der Reihe und befragten Blümel zu Themen, darunter seine Vorbereitung auf den U-Ausschuss und Diskussionen mit Kurz über die Causa. Blümel erwähnte seine Furcht vor dem Vorwurf der Falschaussage und betonte, dass diese Furcht ihn seit Jahren begleite.

Die Befragung endete mit einer Diskussion über das Nominierungskomitee und die Auswahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die ÖBAG. Blümel sagte aus, dass er sich wie das „Orakel von Delphi“ fühle, da er sich nicht an Details erinnern könne.

Nach der Staatsanwaltschaft, begann der Verteidiger von Kurz, Otto Dietrich, Fragen zu stellen. Blümel gab an, dass Thomas Schmid nicht zum „Inneren Kreis“ gehörte, obwohl private Themen mit ihm besprochen wurden. Es wurde gefragt, ob Kurz eine Planung bezüglich Schmid in der ÖBAG hatte, was Blümel verneinte. Das Thema ÖBAG wurde von Blümel als vergleichsweise unwichtig bezeichnet, obwohl es heute aufgrund der Medienberichte anders erscheint. Blümel äußert Unsicherheit bezüglich Kurz' Einfluss auf die Besetzung des Post-Aufsichtsrats und bezeichnete den U-Ausschuss als modernes Scherbengericht mit dem Ziel, politische Mitbewerber zu erledigen. Blümel's Befragung endete, und er verließ den Raum.

Nun wurde Kurz dazu gebeten eine Stellungnahme abzugeben. Hier sagt er, er „hatte noch nie so viel Wissen wie jetzt“. Weiters beschwichtigt Kurz, dass er informiert, aber nicht involviert war. Er erklärte, dass die Entscheidungen aufgrund von „Schwarmintelligenz“ getroffen wurden, und er selbst nicht aktiv an der Auswahl beteiligt war. Obwohl er Thomas Schmid ein gutes Gefühl gab, betonte Kurz, dass die strategische Planung nicht von ihm kam. Er habe nie jemandem gesagt, dass er nicht qualifiziert sei oder nicht gemocht werde. In Bezug auf ein Sommergespräch mit der WKStA erwähnte Kurz seine politische Verantwortung, entschuldigte sich für seine Emotionalität und betonte, dass er sich nicht logisch erklären könne, wenn ihm im U-Ausschuss Unwahrheit vorgeworfen werde. Kurz beschrieb auch die „Dramen“ bei der Umbesetzung von Ministerien und kritisierte, dass Äpfel mit Birnen verglichen wurden, insbesondere im Zusammenhang mit Aufsichtsratsbestellungen und dem Nomkom.

Zum Schluss gab Bonelli noch eine Stellungnahme ab. In der erläuterte er die Gesellschaftsformen der ÖBIB (GmbH) und der ÖBAG (AG). Er erklärte, dass viele Leute ihn gebeten hätten, mit dem Kanzler über bestimmte Themen zu sprechen, und er habe zugesagt. Bonelli erwähnte, dass er manchmal sagte, dass dies die Meinung des Kanzlers sei, da dies oft eine effektive Möglichkeit sei, voranzukommen, da die Leute dann weniger dazu neigen, dies zu hinterfragen. Somit endeten die Wortmeldungen.

## Zwischenergebnis

Die Ergebnisse dieses Prozesstages sind überschaubar. Blümel betonte, dass er in die Umstrukturierung der ÖBAG zwar involviert war, aber nicht formal zuständig wäre. Die formelle Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder lag bei dem Finanzminister - allerdings gab es auch Vorabstimmungen. Die Frage, inwieweit Sebastian Kurz hierbei beteiligt war, wurde sowohl von Gernot Blümel als auch von Herrn Kurz im Zuge dieser Verhandlung erörtert. Blümel hielt fest, dass die Planung des Aufsichtsrates nicht von dem Ex-Kanzler ausgegangen wäre.

Nachdem der Zeuge entlassen wurde, nahm Sebastian Kurz Stellung. Nach einer anfänglichen Aufregung hielt diese fest, dass der Kanzler im Allgemeinen bei sehr vielen Themen eingebunden wird - so auch in diesem Fall.

Weitere Befragungen werden erst am 30. und 31. Jänner stattfinden, ein tatsächliches Ergebnis liege nicht bis Ende Februar vor.